

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Band: 81 (2006)
Heft: 5

Vorwort: Ja zur allgemeinen Wehrpflicht
Autor: Forster, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

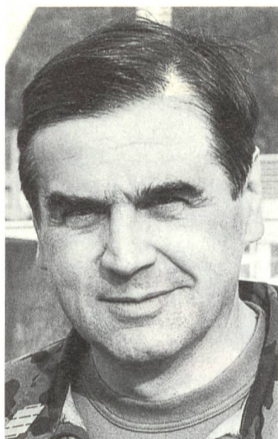
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ja zur allgemeinen Wehrpflicht



Selbst bürgerliche Politiker fordern seit einiger Zeit, die allgemeine Wehrpflicht sei durch eine Dienstpflicht für Männer zu ersetzen. Als Argument führen sie an, die Wehrgerechtigkeit sei durchlöchert; denn nur noch drei von fünf Schweizern würden zum Militärdienst ausgehoben.

Im Bundesrat und im Parlament hatte diese neue Denkschule bisher keinen Erfolg. Am 28. November 2005 erklärte Bundesrat Samuel Schmid im Nationalrat unmissverständlich: «Der Bundesrat hält an der allgemeinen Wehrpflicht fest», und die Volkskammer lehnte mit 133 Nein zu 30 Ja eine Motion ab, welche die allgemeine Dienstpflicht für Männer einführen wollte.

Zu Recht wies Samuel Schmid darauf hin, dass es falsch ist zu behaupten, nur drei von fünf Schweizern dienten noch dem Land: Ein Fünftel der Stellungspflichtigen wird dem Zivilschutz zugeteilt. Im Zivilschutz leisten rund 20 Prozent der jungen Schweizer ihren Dienst für das Land. Im Nationalrat führte Bundesrat Schmid aus: «Wehrgerechtigkeit heisst ja nicht 100 Prozent. Wehrgerechtigkeit heisst, dass alle, die gesundheitlich dienstfähig sind, auch Dienst zu leisten haben.»

Die Armee muss an der Wehrpflicht festhalten. Es ist ein Fehler, wenn bürgerliche Politiker die Wehrpflicht in Frage stellen. Die Wehrpflicht gehört zu den Grundpfeilern der Schweiz; sie ist wie die bewaffnete Neutralität ein konstituierendes Element der Eidgenossenschaft.

Wer die Wehrpflicht preisgeben will, der spielt den Armeeabschaffern in die Hand. Die Armee braucht die Wehrpflicht. Übereinstimmend bezeugen Instrukturen, aber auch junge Kader, dass die Armee derzeit über eine gute Selektion verfügt. Das ist auch der allgemeinen Wehrpflicht zu verdanken.

Gut spielt die neue Aushebung. Die dreitägige Rekrutierung erlaubt es, dass die Stellungspflichtigen gründlicher geprüft werden als früher. Dadurch mustern die Rekrutenschulen weniger junge Schweizer aus als in der alten Armee: Persönliches Leid wird vermieden, und es werden erst noch Kosten im Umfang von etlichen Millionen pro Jahr gespart.

Gegen die Dienstpflicht spricht auch der Widerstand, den ausgerechnet linke Politikerinnen und Politiker leisten. Im Nationalrat verwahrte sich die

Grüne Pia Hollenstein gegen «eine neue Zwangsverpflichtung». Sie stellte sich gegen die Motion auf Dienstpflicht, «weil hier suggeriert und offenbar gehofft wird, dass Personalprobleme mit zwangsverpflichteten Männern gelöst werden könnten». Und sie rief den Motionären zu: «Weshalb schlagen Sie nicht vor, man solle die Zwangsverpflichteten in den Banken oder bei den SBB einsetzen?»

Den tieferen Grund für ihren Widerstand offenbarte Pia Hollenstein sehr ehrlich: «Für die Pflege ist nur hochmotiviertes Fachpersonal hilfreich und brauchbar. Alles andere ist für die Pflegenden auf der Station eine Belastung. Wenn neu zwangsverpflichtete Männer im Gesundheitswesen eingesetzt werden, führt das dazu, dass das meist weibliche Pflegehilfpersonal den Arbeitsplatz verliert.»

Was die politische Linke wirklich will, das sagte der grüne Nationalrat Josef Lang: Der gewandte Denker der GSoA schlug vor, die Wehrpflicht aufzuheben und einen freiwilligen Sozial- und Friedensdienst zu schaffen. Allein schon dieser Vorschlag müsste den Politikern, die jetzt die Wehrpflicht aufgeben wollen, zu denken geben.

Samuel Schmid hob im Nationalrat hervor: «Die Bereitschaft der Jugend, Militärdienst zu leisten, ist immer noch hoch. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass bei der Rekrutierung mehr Stellungspflichtige Militärdienst leisten möchten, als am Schluss effektiv auch tauglich sind.»

Schmid trat der Auffassung entgegen, die Aushebung erfolge willkürlich: «Die Untersuchung erfolgt nach strengen und objektiven militärärztlichen Kriterien. Es gibt keine Ausmusterung auf Wunsch und keinen frei wählbaren blauen Weg.»

Das trifft für die grosse Mehrheit zu. Vor ein paar Jahren kam es vor, dass selbst in einem militärfreundlichen Landkanton aus einer Mittelschulklasse nur noch zwei Maturanden in die Rekrutenschule einrückten und all die anderen robusten, sportlichen Schüler den blauen Weg einschlugen. Jetzt aber sind auch auf diesem heiklen Terrain die Wege enger geworden.

Auch wenn es vereinzelt noch Drückeberger gibt, ist das kein Argument, die Wehrpflicht in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Viele junge Schweizer leisten ihren Militärdienst in guter Ordnung. Schon ihnen sind wir es schuldig, dass wir die Wehrpflicht mit aller Kraft verteidigen.

Peter Forster, Chefredaktor